

## 63. dbb Jahrestagung – im interaktiven digitalen Format

# Nach der Krise ist vor der Krise – Staat neu denken!

Anfang Januar (am 11. Januar 2021) fand traditionell die dbb Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes statt, die der dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** eröffnete. Dieses Mal nicht in Köln, sondern aufgrund der Corona-Pandemie in digitaler Form. An der virtuellen Tagung nahmen u. a. Bundesinnenminister **Horst Seehofer**, der Bundesminister für Arbeit und Soziales, **Hubertus Heil** und die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **Franziska Giffey** teil.

Neben der Bundeskanzlerin haben auch alle Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder Grußworte an die Teilnehmenden gesendet. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** betonte in ihrer Videobotschaft, dass sie es nicht hinnimmt, wenn Polizei, Rettungskräfte und andere Vertreterinnen und Vertreter des Staates respekt-

los behandelt oder an ihrer Arbeit behindert werden – oder wenn sie gar Gewalt erfahren.

### NRW-Ministerpräsident: Öffentlicher Dienst ist das Fundament unseres Gemeinwesens

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,



Ulrich Silberbach auf der dbb Jahrestagung

© Marco Urban

**Armin Laschet**, richtete sein digitales Grußwort an die Teilnehmenden der dbb Jahrestagung. Er meinte, dass schwierige Zeiten hinter uns lägen. Aber auch Zeiten, in denen sich die Stärke und die Stabilität unseres Gemeinwesens gezeigt habe.

Dazu habe der öffentliche Dienst ganz erheblich beigetragen. „Gerade in Krisenzeiten ist der öffentliche Dienst das Fundament unseres Gemeinwesens“, so Laschet. Daneben sei es dem öffentlichen Dienst gelungen, den Wert einer gut funktionieren-



Horst Seehofer bei seinem Grußwort

© Marco Urban



Angela Merkel hat eine Videobotschaft gesandt.

© dbb

### 3 Amtsgemessene Alimentation

Gemeinsame Aktion der DBB Landesbünde



### 3 DBB NRW macht Position deutlich

Austausch zu Attraktivitäts-offensive



### 6 Steuererleichterungen

Wichtige steuerliche Änderungen zum Jahresbeginn



den Verwaltung sichtbar zu machen.

Zudem habe ihn die klare Reaktion des DBB NRW auf rechts-extremistische Äußerungen in den Reihen der Polizei persönlich sehr beeindruckt. Dabei hob er das Positionspapier des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen besonders hervor. „Solche Signale seien wichtig, da sie von innen kommen“, so der NRW-Ministerpräsident.

Mit Interesse wurde u. a. der Fachvortrag von **Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio**, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D. mit dem Thema „Der öffentliche Dienst – in bester Verfas-



sung?“ von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern verfolgt.

**Teilzeitbeschäftigung führt noch immer zu Nachteilen in der Karrierebiografie**

Di Fabio betonte, dass der öffentliche Dienst ein tragender Pfeiler unserer Gesellschaft sei. Der öffentliche Dienst werde jedoch nur dann in guter Verfassung bleiben, wenn es gelinge, junge Menschen zu gewinnen und langfristig zu motivieren.

Dabei kritisierte Di Fabio, dass Teilzeitbeschäftigung insbesondere bei weiblichen Beschäftigten noch immer zu Nachteilen in der Karrierebiografie führe. Er forderte, die Bedingungen für Teilzeitarbeit zu verbessern und dass Führungsmodelle wie Führen aus der



Ferne oder Führen in Teilzeit in einer mehr und mehr digitalen Arbeitswelt ihren Niederschlag in geänderten Beurteilungskriterien für Führungskräfte finden müssten.

öffentlichen Dienst in NRW veröffentlicht.“

In der Broschüre fordert der DBB NRW eine Sensibilisierung für dieses Thema und liefert Ansätze, wie Geschlechtergerechtigkeit mit konstruktiven Mitteln erreicht werden kann – denn Chancengleichheit sei Vorgesetztenpflicht.

Hier wartet der DBB NRW noch auf zugesicherte Antworten der Landesregierung.

Auch zur verfassungsgemäßen Alimention der Beamtinnen und Beamten äußerte sich Di Fabio und nahm Bezug auf die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 2020. Darin wird unter anderem die qualitätssichernde Funktion der Alimention herausgestellt.

**Das ist eine Mahnung, eine schallende Ohrfeige für das Land Berlin**

„Mit der Entscheidung wird klargemacht: Wenn die Besol-

dung den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums nicht mehr entspricht, hat das Konsequenzen für die Qualität des öffentlichen Dienstes“, so Di Fabio. Man könne, etwa im Justizdienst, nicht das Niveau beliebig absenken. Man könne es mal für ein, zwei Jahre tun, aber wenn man es systematisch mache, dann werde irgendwann in der Fläche der öffentliche Dienst nicht mehr die Qualität haben, die man benötige.

„Das ist eine Mahnung, eine schallende Ohrfeige für das Land Berlin“, so der Bundesverfassungsrichter a. D. „Wir können uns nicht immer darauf verlassen, dass junge Leute aus ihrem Ethos und ihrer Gemeinwohlorientierung heraus in den öffentlichen Dienst gehen. Sondern hier muss auch darauf geachtet werden, dass die Anerkennung in der Besoldungs- und Versorgungsstruktur sichtbar bleibt.“

Auch hier sieht sich der DBB NRW mit seiner Argumentation bestätigt und hat jüngst gemeinsam mit allen DBB Landesbünden eine Aktion gestartet, die die Finanzminister der Länder auffordert, für eine amtsangemessene Alimention zu sorgen.

Unter den Teilnehmenden an der Jahrestagung war auch der gesamte Vorstand des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen unter Leitung des Vorsitzenden Roland Staude. ■

**Roland Staude** sieht sich mit den Bemerkungen des Bundesverfassungsrichters a. D. bestätigt: „Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen hat dieses Anliegen schon seit einiger Zeit auf der Agenda und hat bereits 2017 eine Broschüre zum Thema Geschlechtergerechtigkeit im



# Forderung nach amtsan-gemessener Alimentation

Gemeinsame Aktion der DBB Landesbünde

Beamtinnen und Beamten im ganzen Land sollen eine verfassungsgemäße Alimentation erhalten. Dies sollte eigentlich selbstverständlich sein; die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Amtsangemessenheit der Alimentation machen jedoch deutlich, dass dies keinesfalls so ist.

Der DBB NRW unterstützt die Aktion des dbb beamtenbund und tarifunion deswegen aus voller Überzeugung. In einem gemeinsamen Brief an alle Finanzminister werden diese aufgefordert, Regelungen zu finden, die ein Mindestmaß an Grundeinheitlichkeit in der Besoldung der Beamtinnen und Beamten herstellen.

Ein Grund für diese konzertierte Aktion ist, dass unsere Verfassung überall in Deutschland gilt und es nicht sein kann, dass bei Beamtinnen und Beamten die täglich ihren

Dienst verrichten, der Abstand zu den staatlichen Leistungen zur Grundsicherung nicht eingehalten wird. Ein weiterer Grund ist der Wille, auf der Basis von einheitlichen Grundlagen mit allen Ländern und dem Bund einheitliche, tragfähige und zukunftsfähige Regelungen zu erarbeiten. Bisher hatte es keine Signale der Finanzminister für eine gemeinsame Lösung gegeben.

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen verkennt nicht, dass die Frage des Mindestmaßes und der Ausgestal-

tung der verfassungskonformen Besoldung äußerst komplex, schwierig und von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig ist.

Seit dem Jahr 2006 ist die Besoldung im Bund und in den Ländern jeweils unterschiedlich gestaltet worden und es gibt in den 17 verschiedenen Rechtskreisen eine Vielzahl von unterschiedlichsten Regelungen. Dennoch ist ein einheitlicher Rahmen wichtig, um eine verfassungskonforme Lösung zu finden und ein weiteres Auseinanderdriften der Besol-

dung in den einzelnen Bundesländern zu verhindern.

Ein solch einheitlicher Rahmen ist jedoch nur im Benehmen mit der Politik möglich. „Leider war dazu bisher kaum Dialogbereitschaft bei der Landesregierung zu erkennen“, erklärt **Roland Staudé**, 1. Vorsitzender des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen. „Es wäre wünschenswert, wenn die Landesregierung zu diesem Thema in einen Dialog eintreten würde, um gemeinsam gute und tragfähige Lösungen zu erarbeiten.“

JMJ



© domoskanonos/stock.adobe.com

## Berufspolitik

# Austausch zur Attraktivitätsoffensive – DBB NRW macht Position deutlich

2. Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe „Gestaltung der Arbeitszeit“

Die interministerielle Arbeitsgruppe zum Thema „Gestaltung der Arbeitszeit“ hat sich am 16. Dezember 2020 zu einer zweiten Sitzung getroffen. Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie fand die Sitzung digital statt.

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen hat gemeinsam mit den Gewerkschaften, mit Vertreterinnen und Vertretern einzelner Ministerien über die Themen Langzeitarbeitskonten, Verfallschutz von Überstunden und mobiles Arbeiten gesprochen.

Der DBB NRW konnte dabei seine Positionen deutlich machen. Eine Fortsetzung der Ge-

sprache soll im Frühjahr 2021 in großer Runde unter anderem mit Ministerpräsident **Armin Laschet** und Finanzminister **Lutz Lienenkämper** stattfinden.

Aufseiten der Landesregierung nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien der Finanzen, des Innern und der Justiz sowie des Ministeriums für

Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration teil.

Vonseiten des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen nahmen am Gespräch teil: **Roland Staudé**, 1. Vorsitzender, **Jutta Endrusch**, 2. Vorsitzende, **Himmert Ertürk**, Stellv. Vorsitzender, **Erich Rettinghaus**, Stellv. Vorsitzender, **Andrea Sauer-Schnieber**, Stellv. Vorsitzende. JMJ



Roland Staudé bei der Videokonferenz

© DBB NRW

# Öffentlicher Dienst als wichtiger Wirtschaftsfaktor

Roland Staude im NRW-Wirtschaftsblog „Klartext im Westen“

**Auf Einladung der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e. V. hat der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen im NRW-Wirtschaftsblog „Klartext im Westen“ Stellung bezogen.**



Roland Staude

Der Vorsitzende des DBB NRW macht in dem Blog deutlich, dass der öffentliche Dienst ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Gerade in Krisenzeiten sei eine gut funktionierende institutionelle Infrastruktur von besonderer Bedeutung. Denn nicht zuletzt aufgrund eines guten und stabilen öffentlichen

Dienstes ist Deutschland bisher besser durch die Krise gekommen als viele andere Länder.

Augenfällig sei diese sogenannte Systemrelevanz aktuell bei den Beschäftigten in Krankenhäusern, Schulen, Pflegeheimen oder Kitas. Doch nicht nur sie

besäßen eine enorme Wichtigkeit für die Funktionsfähigkeit des Staates, so Staude.

Steuerverwaltung und Sozialversicherungsträger, Gesundheits- und Ordnungsämter,

aber auch Polizei und Feuerwehr sowie die klassische Verwaltung – sie alle funktionieren (auch) in Krisenzeiten und sind wichtig für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Unternehmen.

## Hintergrund zu „Klartext im Westen“



Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW (unternehmer nrw) ist die Spitzenorganisation der Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen mit 129 Mitgliedsverbänden in über 80 000 Betrieben mit über 3 000 000 Beschäftigten.

Mit „Klartext im Westen – der NRW-Wirtschaftsblog“ will unternehmer nrw mit einem weiteren Instrument die landespolitische Debatte über die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen vorantreiben.

## DBB NRW: Zeit für Verbesserungen im Homeoffice nicht genutzt

Arbeit von zu Hause im öffentlichen Dienst

**Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben sich seit Beginn der Corona-Pandemie kaum verbessert. Die Zeit vor dem absehbaren zweiten Lockdown ist nicht genutzt worden, die Arbeit von zu Hause auf gute Beine zu stellen.**

Bei der ersten Welle war es richtig und wichtig, die Beschäftigten schnell und unbürokratisch ins Homeoffice zu schicken. Es war jedoch absehbar, dass eine zweite Welle kommen würde und entsprechend hätten Vorbereitungen getroffen werden müssen.

„Die Zeit wurde in vielen Bereichen nicht genutzt“, kritisiert **Roland Staude**, 1. Vorsitzender der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen, das Vorgehen. Statt klarer Regelungen würde nach wie vor hauptsächlich auf das sogenannte mobile Arbeiten gesetzt.

Beim mobilen Arbeiten wird jedoch die Verantwortung komplett auf die Beschäftigten abgewälzt. Es gibt keine Regelungen zum Arbeitsschutz oder zum Datenschutz und auch keine Vorgaben zur technischen Ausstattung.

„Viele Beschäftigte arbeiten nun schon seit Monaten mit Laptop am Küchentisch, betreuen nebenbei ihre Kinder und begleiten sie oft zusätzlich beim Homeschooling“, erklärt Roland Staude. „Mit gesundem Arbeiten hat das nicht viel zu tun, weder körperlich noch psy-

chisch. Auch wichtige Aspekte des Datenschutzes, des Unfall- und Arbeitsschutzes sind beim mobilen Arbeiten schlicht nicht abschließend geregelt.“

Aus diesem Grund fordert der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen ein ganzheitliches Konzept für die Arbeit von zu Hause. Es muss ein gesetzlicher Überbau geschaffen werden und darauf aufbauend spezifische Regelungen für die einzelnen Ressorts. „Denn es muss jedem klar sein, dass auch nach Corona hybride Arbeitsformen weiter gefragt sein werden.“

# Erik Otto als Hauptpersonalratsvorsitzender wiedergewählt

Erfolg der vdla Gewerkschaft bei den Personalratswahlen im MKW

Bei den Personalratswahlen beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen freut sich die Fachgewerkschaft des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, die vdla Gewerkschaft, über einen überzeugenden Erfolg.

Ministerialrat Erik Otto (44) der bereits seit 2015 Vorsitzender des Hauptpersonalrates beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) ist, wurde wiedergewählt. Die vdla Gewerkschaft konnte zwei Sitze hinzugewinnen, der Stimmenanteil bei den Beamtinnen und Beamten lag bei rd. 86 Prozent.

Die Wahlbeteiligung lag in der Gruppe der Beamtinnen und Beamten bei etwas über 70 Prozent, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei rd. 64 Prozent und bei den künstlerisch-wissenschaftlichen Beschäftigten bei knapp 29 Prozent. Die Gesamtwahlbeteiligung



Erik Otto

© Privat

lag bei rd. 50 Prozent, was für eine HPR-Wahl – vor allem unter den gegen-

wärtigen Pandemie-Bedingungen – ein ordentlicher Wert ist.

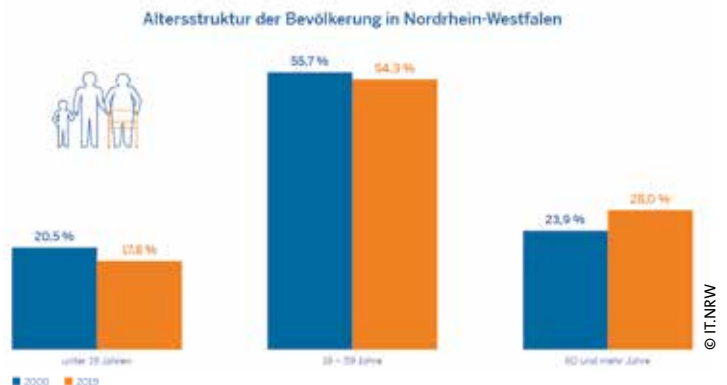
## Statistik

### Wussten Sie schon?

## 28 Prozent der Bevölkerung in NRW sind 60 Jahre oder älter

In Nordrhein-Westfalen lebten Ende 2019 mehr als fünf Millionen Menschen im Alter von 60 oder mehr Jahren. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) als Statistisches

Landesamt mitteilte, waren das 28 Prozent der gesamten Bevölkerung des Landes. Im Alter von 80 oder mehr Jahren waren zum gleichen Zeitraum 1,2 Millionen Menschen.



Die Einwohner Nordrhein-Westfalens waren Ende 2019

rein rechnerisch durchschnittlich 44,2 Jahre alt.

### Wussten Sie schon?

## Zahl der Homeoffice-Plätze in der NRW-Landesverwaltung verdoppelt

Der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) hat in den letzten zwölf Monaten 17 400 neue Zugänge für Homeoffice-Plätze in der NRW-Landesverwaltung eingerichtet.

(+ 117,7 Prozent) wie vor einem Jahr. Während der Corona-Pandemie nutzten täglich bis zu 12 200 Beschäftigte die Möglichkeit der Arbeit in den eigenen vier Wänden. Im April und November war die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer am höchsten.



© Niklas Petzig/Pixabay

Funktionalität in der NRW-Landesverwaltung gewährleistet und konnte gleichzeitig zur Unterbrechung von Infektionsketten beitragen, so der Landesbetrieb IT.NRW in einer Mitteilung.

Mit 32 900 war die Zahl der Telearbeitsplätze im November 2020 mehr als doppelt so hoch

Die Ausweitung der Telearbeit hat die Aufrechterhaltung der

Der DBB NRW wird diese Entwicklung weiterhin positiv, aber auch kritisch begleiten.

# Basisarbeit unter schwierigen „Corona-Bedingungen“

Digitale Sitzung der DBB NRW Kreis- und Stadtverbände

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Roland Stauder, eröffnete die Sitzung der Kreis- und Stadtverbände am 15. Dezember 2020 mit einem Bericht zur berufspolitischen Lage.

Er berichtete u. a. über die Fortsetzung der Besoldungsgespräche und die Bildung von Arbeitsgruppen mit der Lan-

desregierung über die Gestaltung der Arbeitszeit und Verbesserungen für besonders belastete Berufsgruppen im öffentlichen Dienst.



Mit Blick auf die Einkommensrunde 2021 befürchtet er, dass die Landesregierung auf die leeren Kassen aufgrund der Ausgaben im Zusammenhang mit der Coronapandemie verweisen wird.

Die Vorsitzenden der Kreis- und Stadtverbände des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen berichteten über die Situation vor Ort. Durch die Corona-Pandemie sei Basisarbeit nur unter erschwerten Bedingungen möglich. Auch vor Ort wären zurzeit nur Videokonferenzen denkbar.

Steuer

## Erleichterungen für Familien und ehrenamtlich tätige Menschen

Steuererleichterungen ab 1. Januar 2021

Das Ministerium der Finanzen hat in einer Pressemitteilung auf wichtige steuerliche Änderungen ab dem 1. Januar 2021 hingewiesen, die finanzielle Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger bringen werden, so Minister Lutz Lienenkämper.

Für das Ehrenamt bedeutet das u. a. die Anhebung des Steuerfreibetrages für Einnahmen zum Beispiel aus der Tätigkeit als Übungsleiter von 2 400 auf 3 000 Euro, der Freibetrag für die Ehrenamtspauschale von 720 auf 840 Euro.



## Entlastungen für Familien

Im Rahmen des zweiten Familienentlastungsgesetzes wird das Kindergeld pro Kind um 15 Euro pro Monat erhöht. Der Kinderfreibetrag und der Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf eines Kindes steigt auf insgesamt 4 194 Euro für jeden Elternteil, also 8 388 Euro unter anderem bei der Zusammenveranlagung von Ehegatten oder Lebenspartnern.

## Entlastungen für Pendler

Die Entfernungspauschale wird ab dem 21. Kilometer für 2021

bis 2023 von 0,30 Euro auf 0,35 Euro angehoben, für 2024 bis 2026 von 0,35 Euro auf 0,38 Euro. Geringverdienende, bei denen die erhöhte Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer zu keiner steuerlichen Minderung führt, können mit einer Mobilitätsprämie entlastet werden.

## Einführung der Homeoffice-Pauschale

Für die Veranlagungszeiträume 2020 und 2021 wird eine Homeoffice-Pauschale von 5 Euro pro Tag, höchstens 600 Euro im Jahr, eingeführt. Steuerpflichtige können einen pauschalen

Betrag von 5 Euro für jeden Kalendertag abziehen, an dem die gesamte betriebliche oder berufliche Tätigkeit ausschließlich in der häuslichen Wohnung ausgeübt wurde. Das Vorliegen eines häuslichen Arbeitszimmers ist hierfür nicht erforderlich. Die Homeoffice-Pauschale wird, wie andere Werbungskosten wie z. B. Weiterbildungskosten und Kosten für Arbeitskleidung, auf den Werbungskostenpauschbetrag von 1 000 Euro angerechnet.

## Hilfen für Alleinerziehende

Für Alleinerziehende steigt der Steuerfreibetrag ab 2020 von

zuvor 1 908 Euro auf 4 008 Euro pro Jahr. Dieser erhöhte Entlastungsbetrag ist mit dem Jahressteuergesetz 2020 entfristet worden und nicht mehr auf zwei Jahre beschränkt.

## Rückführung des Solidaritätszuschlags

Der Solidaritätszuschlag wird für einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger abgeschafft. Das entsprechende Gesetz wurde bereits 2019 beschlossen. Die Freigrenze beträgt bei der Einzelveranlagung künftig 16 956 Euro statt 972 Euro, bei der Zusammenveranlagung 33 912 Euro statt 1 944 Euro. ■

## Jugend

# 1. Digitales Bildungscamp – großer Erfolg

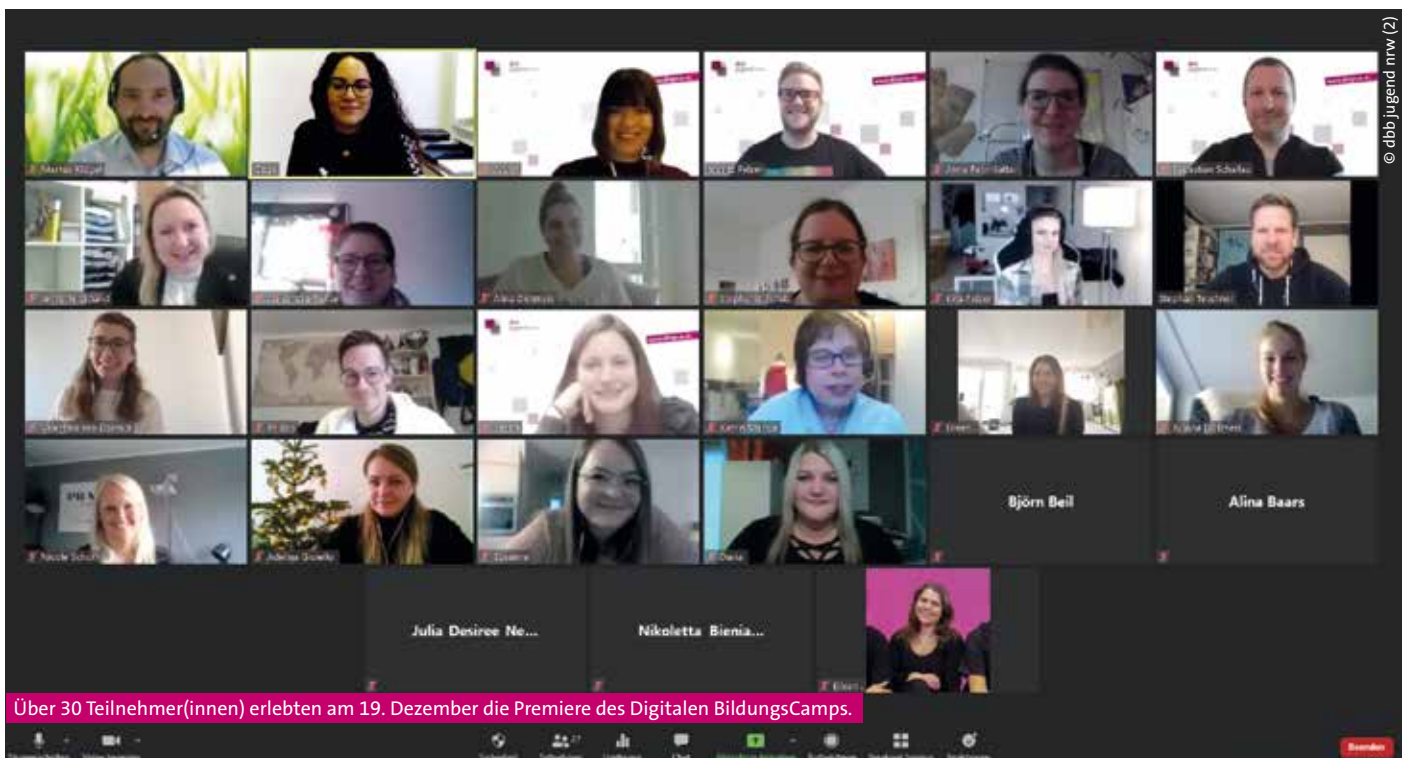
dbb jugend nrw geht im Lockdown neue Wege

Um auch im Lockdown ihren Mitgliedern etwas bieten zu können, geht die dbb jugend nrw permanent neue Wege, testet neue Formate und entwickelt neue Konzepte. Als jüngstes Projekt erblickte Ende Dezember das 1. Digitale Bildungscamp das Licht der Welt – und wurde ein großer Erfolg!

## Digitalen Wandel gestalten

Ein Seminar digital als Online-Veranstaltung durchführen? Das ist schon lange nichts Besonderes mehr. Konferenzen und Gremiensitzungen digital abhalten? Wurde bereits viel-

fach eingeübt. Virtuelle Fun-Aktivitäten? Sind nun auch nicht mehr ganz neu. Die Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen will digitalen Wandel nicht nur erleben, sondern ihn auch gestalten. Am



Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender), Telefon: 0211.491583-0, Telefax: 0211.491583-10, E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de, Internet: www.dbb-nrw.de.

**Chefredakteur:** Joachim Klein

**Redaktion:** Markus Klügel (MK),  
Johanna Muschalik-Jaskolka (JM)

**Redaktionsschluss:** am 15. jeden Monats.

**Hinweis:** Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Verlag:** DBB Verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de.  
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de, **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon: 030.7261917-0, Telefax: 030.7261917-40.

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.74023-0, Telefax: 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715, **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712, Preisliste 43, gültig ab 1.10.2020, **Ständige Beilage:** dbb magazin, ISSN 1438-2989



In der Weihnachtsbäckerei gab es Keks-Content: Adelina mit selbst gebackenen Zimt-Männchen.

19. Dezember packte der gewerkschaftliche Jugenddachverband daher seine digitale Erfahrung zusammen, kitzelte noch ein bisschen mehr aus der digitalen Konferenztechnik heraus, entwickelte neue digitale Teilnehmungsformen und mobilisierte seine Mitglieder. Heraus kam ein ganz besonderes Projekt: das 1. Digitale Bildungscamp.

Schon vor der Veranstaltung wurden alle Interessierten eingebunden: Jeder konnte im

Vorfeld Themenvorschläge für mögliche Workshops einbringen und sich sogar selbst als Referentin oder Referent für ein Wunschthema ins Spiel bringen. Viele kreative und spannende Themenvorschläge kamen auf diese Weise zusammen und wurden von der dbb jugend nrw gebündelt zur Abstimmung gestellt. Bearbeitet wurden am Ende fünf Themen in zwei aufeinanderfolgenden Workshopphasen, für die jeweils eine Stunde eingeplant wurde.

### Cookies von Drittanbietern akzeptieren

Über 30 Teilnehmende waren über Laptop, PC, Tablet oder Handy von zu Hause aus dabei. Während die einen sich in der 1. Workshopphase mit dem Thema „Digitale Gewerkschaftsarbeit“ beschäftigten, machten sich die anderen über das Thema „TikTok, Instagram & Co.“ schlau. In der 2. Phase hatten die Teilnehmenden die Wahl, sich über den richtigen Umgang mit Querdenkern & Verschwörungsmythen auszutauschen, erste Erfahrungen mit Sketchnotes zu machen oder in der digitalen Weihnachtsbäckerei Cookies von Drittanbietern zu akzeptieren und gemeinsam Plätzchenrezepte zu testen – jeder in seiner eigenen Küche und dennoch virtuell miteinander verbunden.

### Breakout-Räume und digitales Café

Technisch wurde der Wechsel von der Gesamtgruppe in die jeweiligen Kleingruppen und wieder zurück über sogenannte Breakout-Räume realisiert,

die das parallele Arbeiten von virtuellen Kleingruppen kinderleicht möglich machte. Zwischen den Workshopphasen kam man im „digitalen Café“ wieder in der großen Runde zusammen und wer wollte, konnte nach den Workshops noch an einem Fun-Event teilnehmen. Auch hier gab es wieder verschiedene Optionen: Eine Gruppe spielte eine digitale Version des beliebten Brettspiel-Klassikers „Codenames“, während die andere Gruppe ein digitales Bier-Tasting durchführte. Hierfür hatte die dbb jugend nrw vorher fünf verschiedene Biere aus Düsseldorf, Münster, Bayern, Irland und Japan an die Teilnehmenden verschickt.

Die dbb jugend nrw freute sich über viel positives Feedback im Anschluss an die Veranstaltung. Viel Lob gab es für das innovative Konzept, die Auswahl und Aufbereitung der Themen sowie die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten. Nach so guten Erfahrungen arbeitet die Jugendorganisation schon jetzt an einer Neuaufgabe der Veranstaltung im Jahr 2021. MK